

Konkordanz mit dem Rechenschieber

Hypothetische Regierungsformeln aus arithmetischer Sicht

Senti M. (se)

Konkordanz bei nachlassender Konsensbereitschaft reduziert sich mehr und mehr auf Repräsentativität. Die Parteien begründen ihre Ansprüche auf Bundesratssitze denn auch immer häufiger arithmetisch. Der Griff zum Rechenschieber zeigt dabei auch Überraschendes.

se. Das Schweizer Konkordanzsystem überzeugte über Jahrzehnte hinweg mit einer bemerkenswerten Stabilität. Die parteipolitische Zusammensetzung des Bundesrats wurde nach Umwälzungen bei Parlamentswahlen nie sofort angepasst, vielmehr wartete man die Konsolidierung der veränderten Parteistärken ab. Zu Recht, wie sich im Nachhinein oft herausgestellt hat: So wurde beispielsweise der Landesring 1967 nicht in die Regierung aufgenommen, obwohl er damals mit der SVP fast gleichgezogen hatte. Der Landesring ist mittlerweile verschwunden, während die SVP ihren Wähleranteil nahezu verdreifacht hat.

Mal von Vorteil, mal von Nachteil

Gerade die SVP hat also historisch schon davon profitiert, dass die Schweizer Regierung nicht alle vier Jahre blind angepasst wird. Trotzdem ist es die Volkspartei, die den Regierungsproporz in jüngerer Zeit besonders lautstark eingefordert hat. Und die anderen Parteien folgten ihr nach: So hat nicht zuletzt auch die FDP das Argument der Arithmetik bemüht, als es ihr 2003 darum ging, den eigenen zweiten Bundesratssitz ins Trockene zu bringen. Dies könnte sich bald rächen. Mittlerweile ist es nämlich der zweite FDP-Sitz, der von anderen Parteien mit arithmetischen Argumenten in Frage gestellt wird. Während die FDP-Liberalen ihren Anspruch auf zwei Bundesratssitze gegenüber der CVP mit dem höheren Wähleranteil begründen, kontert die um EVP und Grünliberale aufgestockte CVP mit ihrer zahlenmässig stärkeren Fraktion – und beide Parteien müssen sich schliesslich doch von den Grünen vorrechnen lassen, dass rechnerisch eigentlich sie Anspruch auf den umstrittenen Sitz hätten.

Auch ein SP-Sitz würde wackeln

Was wirklich Sache wäre, wenn man Bundesratssitze nach Proporzregeln verteilen würde, hat Daniel Bochsler von der Universität Zürich überprüft. Er hat hypothetische Ansprüche der

Parteien auf der Basis ihrer Fraktionsstärke (Mandate in National- und Ständerat beim Stand 2009) wie auch ihrer Wählerstärke (Nationalratswahlen 2007) berechnet und dabei gleich zwei Proporzmodelle herangezogen: die Hagenbach-Bischoff-Variante (sie kommt bei der Verteilung der Nationalratsmandate zur Anwendung) sowie eine verfeinerte Proporz-Formel nach Sainte-Laguë (sie findet in der Pukelsheim-Variante bereits in verschiedenen Kantonen Anwendung).

Wie auch immer gerechnet wird – ob auf Grundlage der Fraktionsstärke oder der Wähleranteile, ob nach gängigem Verteilschlüssel oder nach verfeinerter Proporz-Variante –, für zwei Parteien ändert sich dabei am arithmetischen Anspruch nichts: Die SVP hat in jedem Fall Anspruch auf zwei Sitze im Bundesrat, die FDP dagegen hat unter keinem (arithmetischen) Titel Anspruch auf zwei Sitze in der Regierung. Für alle anderen Parteien ändern die Ansprüche je nach Berechnungsgrundlage: Geht man von der Fraktionsstärke aus, kann die erweiterte CVP-Fraktion tatsächlich zwei Sitze beanspruchen, geht man indes von der Wählerstärke aus, so müssten arithmetisch in jedem Fall die Grünen berücksichtigt werden. Der Anspruch der Grünen auf einen Sitz im Bundesrat sticht somit in einer «arithmetischen Konkordanz» die Ansprüche von CVP und FDP auf einen zweiten Sitz ziemlich deutlich aus – dies allerdings mit einer pikanten Nuance: Bei Anwendung der verfeinerten Proporz-Formel nach Sainte-Laguë auf Grundlage der Fraktionsstärke ginge der Anspruch der Grünen nicht auf Kosten der CVP, sondern zulasten der Sozialdemokraten, die nach dieser Formel nur noch einen Bundesratssitz einfordern könnten. – Die Berechnungen lassen somit erahnen, wie fragil die Regierungszusammensetzung würde, wollte man sie alle vier Jahre (oder gar bei jeder Vakanz) mathematisch neu anpassen. Das Konkordanzsystem zielt zwar darauf ab, neben den sprachregionalen auch politische Minderheiten angemessen zu berücksichtigen, das Wahlverfahren für den Bundesrat setzt dem Regierungsproporz und damit auch allen Arithmetik-Debatten aber von vornherein klare Grenzen.

>>> *Hypothetischer Anspruch auf Bundesratssitze (nächste Seite)*

Hypothetischer Anspruch auf Bundesratssitze

Nach Fraktionsstärke 2009

Mandate Fraktion 2009	Bundesratssitze nach Hagenbach-Bischoff	Bundesratssitze nach Sainte-Laguë	
SVP ¹	66	2	2
SP	51	2	1
FDP-Liberale	47	1	1
CVP/EVP/GLP	52	2	2
GPS ²	24	–	1
BDP	6	–	–

Nach Parteienstärke 2007

Wähleranteil Partei 2007 (in %)	Bundesratssitze nach Hagenbach-Bischoff	Bundesratssitze nach Sainte-Laguë	
SVP	28,9	2	2
SP	19,5	2	2
FDP-Liberale	17,7	1	1
CVP	14,5	1	1
GPS	9,8	1	1
BDP	–	–	–

¹ Inkl. 1 Lega und ab Herbstsession 2009 1 EDU; ² inkl. 1 CSP und 1 PdA.

Quelle: Berechnungen Daniel Bochsler, Universität Zürich